

Prof. Dr. Kai Niebert,  
Präsident Deutscher  
Naturschutzring (DNR)

Quelle: DNR/Thomas Entzeroth



# Düngerecht: Durchhangeln reicht nicht

Seit Monaten wird in Deutschland über eine Nachschärfung des Düngerechts gestritten. Übereilt, überzogen und ungerecht, wettete der Deutsche Bauernverband. Mitnichten – denn beschlossen wurde die umzusetzende Nitratrichtlinie bereits vor 25 Jahren, auch von Deutschland. Seit 2014 mahnt die EU-Kommission als „Hüterin der EU-Gesetzgebung“ die Bundesregierung, ihre Hausaufgaben zu erledigen. Von übereilt kann also keine Rede sein. Überzogen? Auch das trifft nicht zu. Im Gegenteil hat ein Gutachten des Bundesverbands der Energie- und Wasserwirtschaft (BDEW) klar auf den Punkt gebracht, dass mit der Düngerechts-Novelle von 2017 sogar noch höhere Nitratreinträge zu befürchten sind. Daher ist es nur folgerichtig, dass die EU-Kommission mit Nachdruck auf Nachschärfungen unter Androhung hoher Strafzahlungen besteht.

Ungerecht, um den dritten Vorwurf aufzunehmen, wäre das in erster Linie für die Bürgerinnen und Bürger, die gleich doppelt zur Kasse gebeten werden: für die Rechnung aus Brüssel sowie erhöhte Wasseraufbereitungskosten. Mitte Juni 2019 hatten sich Bundeslandwirtschafts- und Umweltministerium sowie die Bundesländer auf einen Kompromiss verständigt, den Wasserversorger wie Umweltverbände als „nicht ausreichend“ kritisierten. Das sah offensichtlich auch die EU-Kommission so und eröffnete am 25. Juli ein Zweitverfahren gegen Deutschland. Das ist nur konsequent. Damit geht der Streit in die nächste Runde. Allen Beteiligten sollte spätestens jetzt klar sein: Durchhangeln reicht nicht.

In den nächsten acht Wochen müssen Regeln her, die Stickstoffüberschüsse dauerhaft und verlässlich reduzieren können, sonst sind Strafzahlungen unausweichlich. Diese Botschaft richtet sich vor allem an den Bauernverband, der maßgeblich für den immer weiter verwässerten Kompromiss verantwortlich ist.

Entscheidend wird allerdings sein, dass das Herumdoktern an Symptomen ein Ende hat. Der Gewässerschutz kennt viele politische Baustellen. Über eine entscheidende wird gerade auf EU-Ebene verhandelt: Die Gemeinsame Europäische Agrarpolitik (GAP) nach 2020. Hier braucht es endlich ein beherztes und rasches Umsteuern, um den Schutz unserer natürlichen Lebensgrundlagen Wasser, Boden, Luft und den Erhalt der Biodiversität endlich voran statt hintenan zu stellen.

---

**Entscheidend wird allerdings sein, dass das Herumdoktern an Symptomen ein Ende hat.**

---

Erst vor wenigen Tagen hat der Wissenschaftliche Beirat des BMEL (WBAE) in einer erneuten Stellungnahme deutlich gemacht: Leistungen der Landwirte zu honorieren und Umweltziele zu integrieren sind sehr gut zu vereinbarende Ziele. Die historische Chance dafür ist jetzt. Viele Landwirte sind zu Veränderungen bereit. Es sind die Politik und die Funktionäre die sich viel zu langsam ändern. Aber die Zeit ist abgelaufen, Bauern gegen Brüssel und Bürger gegen Bauern auszuspielen. Das sollte erst recht für und mit einer deutschen EU-Kommissionschefin gelten. Wenn Ursula von der Leyen sich im neuen Amt ihrem Heimatland verpflichtet fühlt, dann indem sie nationale wie parteipolitische Interessen klar von sich weist und dafür sorgt, dass Deutschland endlich wieder zum Vorreiter einer umweltgerechten Politikgestaltung wird – sowohl in Berlin als auch in Brüssel.